



75. Jahrgang / September 2002

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

-
- | | |
|---|--|
| <p>38. <i>Abfallwirtschaftsgesetz 2002 – Änderung wichtiger Bestimmungen für die Gemeinden</i></p> <p>39. <i>Standards für Anhalteräume</i></p> <p>40. <i>Kurshinweis: Sachkundenachweis im Umgang mit Giften nach der Giftverordnung</i></p> | <p>41. <i>Kurshinweis: Ausbildung zur Erlangung der Fachkunde als Leiter bzw. stellvertretender Leiter der Eingangskontrolle für Bodenaushub- und Restmassendeponie nach der Deponieverordnung</i></p> <p><i>Verbraucherpreisindex für Februar 2001 (vorläufiges Ergebnis)</i></p> |
|---|--|
-

38.

Abfallwirtschaftsgesetz 2002 – Änderung wichtiger Bestimmungen für die Gemeinden

1. Allgemeines:

Mit BGBl. I Nr. 102/2002, wurde das Abfallwirtschaftsgesetz 2002 – AWG 2002 kundgemacht. Mit dieser Novelle erfolgt eine Neugestaltung des Abfallwirtschaftsgesetzes, das nunmehr die Bezeichnung „Abfallwirtschaftsgesetz 2002“ (AWG 2002) trägt.

Das AWG 2002 tritt am 2. November 2002 in Kraft. Im Folgenden sollen die wesentlichen, für Gemeinden relevanten Bestimmungen/Änderungen dargestellt werden.

2. Allgemeine Pflichten von Abfallbesitzern (§§ 15 bis 23 AWG 2002):

In diesem Zusammenhang ergeben sich gegenüber der bisherigen Rechtslage keine relevanten Änderungen für Gemeinden. Es bestehen weiterhin folgende wesentliche Verpflichtungen:

- Die Gemeinden als Abfallbesitzer haben, getrennt für jedes Kalenderjahr, fortlaufende Aufzeichnungen über Art, Menge, Herkunft und Verbleib von Abfällen zu führen (§ 17 AWG 2002).
- Fallen Altöle in einer Jahresmenge von mindestens 200 l oder sonstige gefährliche Abfälle wiederkehrend, mindestens einmal jährlich an, ist dieser Umstand binnen eines Monats dem Landeshauptmann (Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Umweltschutz) zu melden (§ 20 AWG 2002).

3. Abfallsammler und -behandler

(4. Abschnitt; §§ 24 bis 28 AWG 2002):

3.1 *Sammlung oder Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen (§ 24 AWG 2002):*

Anders als nach der bisherigen Rechtslage hat derjenige, der nicht gefährliche Abfälle sammelt oder behandelt, die Aufnahme dieser Tätigkeit und die Änderung der Art der Tätigkeit dem Landeshauptmann anzuzeigen (§ 24 Abs. 1 AWG 2002).

Gebietskörperschaften (Gemeindeverbände) unterliegen nicht dieser Anzeigepflicht, soweit sie gesetzlich verpflichtet sind, nicht gefährliche Abfälle zu sammeln und abzuführen (§ 24 Abs. 2 Z. 5 AWG 2002).

Das Tiroler Abfallwirtschaftsgesetz verpflichtet Gemeinden zur Einrichtung einer öffentlichen Müllabfuhr. Zu den Aufgaben der öffentlichen Müllabfuhr zählt die Abholung des Hausmülls und die Abfuhr des gesammelten Hausmülls zu jener Behandlungsanlage oder Deponie, in deren Entsorgungsbereich die Gemeinde liegt. Für diese „Sammlertätigkeit“ besteht somit eine gesetzliche Verpflichtung. Es ist daher die Ausnahmebestimmung des § 24 Abs. 2 Z. 5 AWG 2002 anzuwenden.

3.2 *Sammlung oder Behandlung von gefährlichen Abfällen (§§ 25, 26 AWG 2002):*

Wie schon nach der derzeitigen Rechtslage bedürfen Gemeinden für die Sammlung oder Behandlung von ge-

fährlichen Abfällen einer Erlaubnis des Landeshauptmannes (Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Umweltschutz). § 25 AWG 2002 stimmt diesbezüglich im Wesentlichen mit § 15 AWG überein.

Die Gemeinde hat allerdings keinen abfallrechtlichen Geschäftsführer, sondern gemäß § 26 Abs. 4 AWG 2002 eine fachkundige Person namhaft zu machen. Diese hat neben der Verlässlichkeit folgende fachliche Kenntnisse und Fähigkeiten aufzuweisen:

- Kenntnisse betreffend die Einstufung und das Gefährdungspotential der zu sammelnden Abfälle;
- chemische Grundkenntnisse;
- Kenntnisse über Erste-Hilfe-Maßnahmen;
- Kenntnisse über Sicherheitseinrichtungen;
- Kenntnisse über das Brand- und Löschverhalten der Stoffe;
- Grundkenntnisse der abfallwirtschaftlichen Vorschriften und
- Kenntnisse über Verwertungsmöglichkeiten.

Zwecks Vermittlung dieser Kenntnisse hat in den letzten beiden Jahren die Abfallwirtschaft Tirol Mitte GmbH (Frau Mag. Astrid Schragl) entsprechende Kurse im Umfang von jeweils einem Tag veranstaltet.

Die fachkundige Person ist – im Gegensatz zum abfallrechtlichen Geschäftsführer – nicht verantwortlicher Beauftragter im Sinne des § 9 Verwaltungsstrafgesetz.

Die Regelung im Zusammenhang mit der fachkundigen Person gilt nur für Gemeinden, nicht für Gemeindeverbände.

3.3 Problemstoffsammlung (§ 28 AWG 2002):

Die Gemeinden (Gemeindeverbände) haben bei Bedarf, jedoch mind. zweimal jährlich, eine getrennte Sammlung (Abgabemöglichkeit) von Problemstoffen durchzuführen oder durchführen zu lassen. Dies gilt nur dann nicht, wenn für die Sammlung von Problemstoffen in der Gemeinde (im Verbandsbereich) in anderer Weise Vorsorge getroffen wird.

Führt die Gemeinde (der Gemeindeverband) die Problemstoffsammlung selbst durch und beauftragt nicht ein befugtes Unternehmen, bedarf sie einer Erlaubnis des Landeshauptmannes (vgl. Kapitel 3.2).

Die Gemeinde darf unter bestimmten Voraussetzungen für die Sammlung und Behandlung von Problemstoffen ein Entgelt verlangen. Dies gilt für Problemstoffe,

- für die Rücknahmepflichten bestehen (Kühlgeräte, Leuchtstoffröhren, Batterien);
- die nicht von privaten Haushalten abgegeben werden.

Das Entgelt ist festzulegen und rechtzeitig bekanntzugeben.

4. Anlagenrecht (§§ 37 bis 65 AWG 2002):

4.1 Behandlungsanlagen und Konzentrationsbestimmung (§§ 37, 38 AWG 2002):

Grundsätzlich bedarf die Errichtung, der Betrieb und die wesentliche Änderung von ortsfesten Abfallbehandlungsanlagen der Genehmigung des Landeshauptmannes. § 37 Abs. 2 AWG 2002 nennt jene Anlagen, die nicht dem Anlagenrecht des AWG 2002 unterliegen.

Das Anlagenverfahren ist gemäß § 38 AWG 2002 als konzentriertes Genehmigungsverfahren ausgestaltet. Für die Gemeinden ist dabei von wesentlichem Interesse, dass die Abfallbehörde die bautechnischen Bestimmungen des jeweiligen Bundeslandes anzuwenden hat. Die baubehördliche Bewilligungspflicht entfällt in diesen Verfahren.

Für Abfallbehandlungsanlagen besteht daher keine Zuständigkeit des Bürgermeisters nach der Tiroler Bauordnung 2001 – TBO 2001, LGBL. Nr. 94.

In Anlagenverfahren wird der Gemeinde des Standortes und der unmittelbar an die Liegenschaft der Behandlungsanlage angrenzenden Gemeinde Parteistellung eingeräumt (§ 42 Abs. 1 Z. 6 AWG 2002).

4.2 Öffentlich zugängliche Altstoffsammelzentren und Sammelstellen für Problemstoffe (§ 54 AWG 2002):

Die Errichtung, der Betrieb und eine wesentliche Änderung von

- öffentlich zugänglichen Altstoffsammelzentren (Recyclinghöfen) oder
- öffentlich zugänglichen Sammelstellen für Problemstoffe

sind der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen. In der Anzeige ist darzulegen, dass die öffentlichen Interessen (z. B. Gesundheit der Menschen, Lebensbedingungen von Tieren oder Pflanzen etc.) nicht beeinträchtigt werden.

Die Bezirksverwaltungsbehörde hat binnen drei Monaten die Genehmigung zu erteilen, wenn zu erwarten ist, dass die öffentlichen Interessen nicht beeinträchtigt werden. Werden die Voraussetzungen nicht erfüllt, hat die Bezirksverwaltungsbehörde die Errichtung und den Betrieb der genannten Anlagen zu untersagen.

Wesentliche Änderung:

Mit In-Kraft-Treten des AWG 2002 am 2. November 2002 sind auch öffentlich zugängliche Altstoffsammelzentren (Recyclinghöfe) der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen.

Übergangsregelung:

Gemäß § 77 Abs. 1 Z. 11 AWG 2002 gelten zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des AWG 2002 bestehende

öffentliche Sammelstellen gemäß § 30 AWG 1990 als öffentlich zugängliche Sammelstellen gemäß § 54.

Die derzeit bestehenden stationären Problemstoffsammelstellen gelten daher als bewilligt nach dem AWG 2002.

Ausgehend von dieser Anzeigepflicht wird aus Sicht der Abteilung Umweltschutz festgehalten, dass zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens bestehende öffentlich zugängliche Altstoffsammelzentren als genehmigt gelten. Eine Anzeige im Sinne des § 54 Abs. 1 AWG 2002 ist nur erforderlich, wenn solche Altstoffzentren neu errichtet oder wesentlich geändert werden.

Förderungen:

In diesem Zusammenhang ist auf die Kundmachung der Landesregierung vom 3. März 1998 über die Richtlinien für die Förderung der Abfallwirtschaft hinzuweisen. Gemäß § 2 Abs. 2 werden bei der Neuerrichtung eines Recyclinghofes die notwendigen Aufwendungen für die Grundausrüstung (Bodenbefestigung, Flugdach, Umzäunung, Containerankauf, u. a.) von höchstens € 43.604,- zur Hälfte gefördert.

Gemäß § 2 Abs. 3 werden bei der Einrichtung einer ständigen Problemstoffsammelstelle die notwendigen Aufwendungen der Grundausrüstung von höchstens € 7.276,- zur Hälfte gefördert.

Förderungsempfänger sind gemäß § 3 Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige juristische Personen, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände mit mindestens 50 % beteiligt sind.

Um die Förderung ist beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Umweltschutz, schriftlich unter Vorlage der entsprechenden Unterlagen anzusuchen.

5. Behandlungsaufträge (§§ 73, 74 AWG 2002):

Bei Verstößen gegen das AWG 2002 hat die jeweilige Bezirksverwaltungsbehörde die erforderlichen Maßnahmen dem Verpflichteten mit Bescheid aufzutragen. Ist ein solcher Auftrag an den Verpflichteten aus den im § 74 Abs. 1 AWG 2002 genannten Gründen nicht möglich, so besteht eine subsidiäre Haftung des Liegenschaftseigentümers.

Kann auch der Liegenschaftseigentümer nicht in Anspruch genommen werden, hat gemäß § 74 Abs. 4 AWG 2002 die Gemeinde Siedlungsabfälle, die in ihrem Gebiet widerrechtlich gelagert oder abgelagert werden, auf ihre Kosten zu entfernen und umweltgerecht zu behandeln oder behandeln zu lassen.

Unter Siedlungsabfällen versteht § 2 Abs. 4 Z. 2 AWG 2002 Abfälle aus privaten Haushalten und andere Abfälle, die aufgrund ihrer Beschaffenheit oder Zusammensetzung den Abfällen aus privaten Haushalten ähnlich sind. Der Begriff „Siedlungsabfälle“ umfasst demnach bestimmte gefährliche Abfälle und nicht gefährliche Abfälle. Für die nicht gefährlichen Abfälle stimmt die Definition im Wesentlichen mit der Definition des Begriffs „Hausmüll“ im § 2 Abs. 1 Tiroler Abfallwirtschaftsgesetz überein.

Für Siedlungsabfälle besteht nunmehr eine subsidiäre Haftung der Gemeinden.

Abteilung Umweltschutz U-3000a/144 vom 14. August 2002

39.

Standards für Anhalteräume

Der Menschenrechtsbeirat im Bundesministerium für Inneres hat im Herbst 2001 Standards für Anhalteräume erarbeitet und vorgeschlagen. Diese Vorschläge sind auch für Gemeinden von Interesse, die Anhalteräume zur Verfügung stellen oder Anhalteräume durch ihre eigenen Wachkörper oder Wachebeamten benutzen. Im folgenden Beitrag sollen der Menschenrechtsbeirat im Bundesministerium für Inneres und die Standards für Anhalteräume vorgestellt werden.

Der Menschenrechtsbeirat im Bundesministerium für Inneres

Der Menschenrechtsbeirat im Bundesministerium für Inneres wurde im Juli 1999 aufgrund der wieder-

holten Empfehlung des European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) eingerichtet.

Zusammensetzung:

Dem Menschenrechtsbeirat gehören elf Mitglieder und ebensoviele Ersatzmitglieder an, die bei Besorgung ihrer Aufgaben an keine Weisung gebunden – also unabhängig – sind. Die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Beirates werden vom Bundesminister für Inneres für eine Funktionsperiode von drei Jahren bestellt. Für den Vorsitzenden des Beirates steht dem Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes ein Vorschlagsrecht zu. Er muss diesen aus dem Kreis der Mitglieder des Ver-

fassungs-, des Verwaltungsgerichtshofes sowie jener Personen, denen an einer österreichischen Universität die Lehrbefugnis für Verfassungsrecht zukommt, auswählen. Je ein Mitglied (Ersatzmitglied) wird auf Vorschlag des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Justiz bestellt, fünf weitere Mitglieder (Ersatzmitglieder) auf Vorschlag privater, gemeinnütziger Einrichtungen, die sich der Wahrung der Menschenrechte widmen. Die übrigen drei Mitglieder (Ersatzmitglieder) des Menschenrechtsbeirates werden vom Bundesminister für Inneres ohne Vorschlag bestellt.

Aufgaben:

Die Tätigkeit des Menschenrechtsbeirates geht über den Vorschlag des CPT zur Errichtung eines Haftbeirates in doppelter Hinsicht hinaus: Zum einen ist die Tätigkeit des Menschenrechtsbeirates inhaltlich nicht auf die Prüfung der Situation angehaltener Menschen unter dem Aspekt ihrer menschenwürdigen Behandlung (Art. 3 EMRK) beschränkt, sondern es können – nach vom Beirat bestimmten Prioritäten – alle Aspekte der Menschenrechte im Kontext der gesamten Tätigkeit der Sicherheitsexekutive geprüft werden. Zum zweiten ist der Menschenrechtsbeirat nicht darauf beschränkt, Kontrollen durchzuführen und Missstände aufzuzeigen. Er entfaltet darüber hinaus eine inhaltlich-konzeptive Arbeit, um dem Bundesminister für Inneres Verbesserungsvorschläge zu erstatten, die sowohl Aspekte der Wahrnehmung bestimmter Aufgaben als auch organisatorische Rahmenbedingungen der Tätigkeit der Sicherheitsexekutive aus der Sicht der Menschenrechte betreffen können. Die Aufgaben des Menschenrechtsbeirates zielen daher nicht auf die Kontrolle im Einzelfall, sondern auf eine strukturelle und institutionelle Ebene. Diese Ausrichtung unterscheidet den Menschenrechtsbeirat also ganz klar von den Aufgaben der Strafjustiz oder der Disziplinarbehörden.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des Menschenrechtsbeirates liegt im Aufzeigen allfälliger struktureller Mängel – was durchaus auch aus Anlass und am Beispiel signifikanter Einzelfälle geschehen kann – und weiters darin, durch entsprechende Verbesserungsvorschläge präventiv im Sinne des Menschenrechtsschutzes bei der Aufgabenbesorgung durch die Sicherheitsexekutive zu wirken. In erster Linie hat der Menschenrechtsbeirat also die Aufgabe strukturelle Gegebenheiten der Polizeitätigkeit aus menschenrechtlicher Sicht zu analysieren. Das bedeutet insbesondere, Missstände und Übergriffe nicht als isolierte Einzelvorkommnisse

zu begreifen, sondern als solche, die ihre Ursachen im System haben.

Der Menschenrechtsbeirat beschränkt sich aber nicht darauf, im Allgemeinen und im Unverbindlichen zu verbleiben. Es ist vielmehr seine Aufgabe, eine flächendeckende Evaluierung der staatlichen Aufgabenordnung unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte sicherzustellen. Dabei bedient er sich regional organisierter Expertenkommissionen. Diese Kommissionen haben somit vor Ort „gleichsam als verlängerter Arm des Menschenrechtsbeirates“ die eigentliche Arbeit der „begleitenden Überprüfung der Anhaltung von Menschen an Dienststellen der Sicherheitsexekutive“ zu leisten.

Die Sicherheitsexekutive ist verpflichtet, den Menschenrechtsbeirat bei seiner Tätigkeit zu unterstützen. Die Leiterin oder der Leiter einer besuchten Dienststelle muss Einsicht in die Unterlagen gewähren und Auskünfte erteilen. Dabei besteht für die BeamtInnen der Sicherheitsexekutive keine Verpflichtung zur Wahrung des Amtsgeheimnisses.

Der Menschenrechtsbeirat kann weiters Arbeitsgruppen für spezielle Schwerpunkte einsetzen und diese mit der Vorbereitung, Begutachtung oder Bearbeitung einzelner Angelegenheiten betrauen, die dann in weiterer Folge die Grundlage für die Erstellung der Berichte an den Bundesminister sind. Zu den Arbeitsgruppen können auch externe Experten und ExpertInnen beigezogen werden.

Aufgabe des Menschenrechtsbeirates ist aber auch, das allgemeine Bewusstsein für die Wahrung der Menschenrechte im Bereich der Sicherheitsexekutive zu schärfen. Dazu ist folgendes festzuhalten: Im demokratischen Rechtsstaat, wie er durch die österreichische Bundesverfassung grundgelegt ist, bezieht das staatliche Gewaltmonopol, dessen Ausübung in erster Linie der Sicherheitsexekutive zukommt, seine Legitimation aus deren innerem Frieden und innere Sicherheit stiftenden Rechtswahrungsfunktion. Insofern darf aber die Achtung und der Schutz der Menschenrechte niemals im Gegensatz zu wirksamer Polizeiarbeit geraten. Vielmehr muss die Wahrung der Menschenrechte stets einen selbstverständlichen Bestandteil der Tätigkeit der Sicherheitsexekutive bilden.

Der Menschenrechtsbeirat fasst jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit. Durch das Sicherheitspolizeigesetz ist gewährleistet, dass die vom Beirat dem Bundesminister für Inneres im jeweiligen Jahr erstatteten Empfehlungen im (jährlichen) Sicherheitsbericht der Bundesregierung an den Nationalrat aufscheinen.

Kriterien	Stichhaft	Vorwurfsstrafhaft	Vorwurfsstrafhaft	Kurzfristige Anhebung
Sämtliche Einrichtungen c) Alltagsnahe	<ul style="list-style-type: none"> Softwa-PC an Gang we jährliche Zugang-Liste Wohneren-PC an, alle Wachzeiten nach Wachenplan Soft, Papierhandtücher und Spiegel vorhanden sein Durchdringungswasser für jeden HSBling gegeben sein, und zwar mindestens dreimal pro Woche Zugang zu alltagsnahe Hygienebereich Recht auf angemessene Verpflegung unter Berücksichtigung persönlicher und sozialer Wünsche und Bedürfnisse (Religion, etc.) sowie nachweiser Bedürfnisse 1 Mahlzeiten am Tag (Dinner / Vorn), Obie Zugang zu heißen Getränken (Tee, Kaffee) Verpflichtung der Behörde zur unabhangigen Abstung und Abstung von Brulft für HSBlinge 	<ul style="list-style-type: none"> Softwa-PC an Gang we jährliche Zugang-Liste Wohneren-PC an, alle Wachzeiten nach Wachenplan Soft, Papierhandtücher und Spiegel vorhanden sein Durchdringungswasser für jeden HSBling gegeben sein, und zwar mindestens dreimal pro Woche Zugang zu alltagsnahe Hygienebereich Recht auf angemessene Verpflegung unter Berücksichtigung persönlicher und sozialer Wünsche und Bedürfnisse (Religion, etc.) sowie nachweiser Bedürfnisse 1 Mahlzeiten am Tag (Dinner / Vorn), Obie Zugang zu heißen Getränken (Tee, Kaffee) Verpflichtung der Behörde zur unabhängigen Abstung und Abstung von Brulft für HSBlinge 	<ul style="list-style-type: none"> jährliche Zugang-Liste Wohneren-PC an, alle Wachzeiten nach Wachenplan Soft und Papierhandtücher vorhanden sein Zugang zu alltagsnahe Hygienebereich Recht auf angemessene Verpflegung unter Berücksichtigung persönlicher und sozialer Wünsche und Bedürfnisse (Religion, etc.) sowie nachweiser Bedürfnisse 1 Mahlzeiten am Tag (Dinner / Vorn), Obie Zugang zu heißen Getränken (Tee, Kaffee) 	<ul style="list-style-type: none"> vorhanden sein Zugang zu alltagsnahe Hygienebereich Recht auf angemessene Verpflegung unter Berücksichtigung persönlicher und sozialer Wünsche und Bedürfnisse (Religion, etc.) sowie nachweiser Bedürfnisse 1 Mahlzeiten am Tag (Dinner / Vorn), Obie Zugang zu heißen Getränken (Tee, Kaffee)
Verpflegung (Nahrung)	<ul style="list-style-type: none"> Recht auf Veränderung eines Dishes unverzüglich nach der Planung Recht auf Zugang zu einem Anwalt vom Beginn der Anhaltung an Regelmässige Beausichte für Angehörige (zwei mal pro Woche), Mrzt und Anwalt „Mineralebeute“ nur in besonderen Ausnahmefällen Zugang zu einem Telefon auf Anfrage Keine Entlohnung Recht auf Beausichte eines Dolmetschers 	<ul style="list-style-type: none"> Recht auf Veränderung eines Dishes unverzüglich nach der Planung Recht auf Zugang zu einem Anwalt vom Beginn der Anhaltung an Beausichte von mindestens einer Stunde pro Woche „Mineralebeute“ nur in besonderen Ausnahmefällen Zugang zu einem Telefon auf Anfrage Entlohnung wenn erforderlich Recht auf Beausichte eines Dolmetschers 	<ul style="list-style-type: none"> Recht auf Veränderung eines Dishes unverzüglich nach der Planung Recht auf Zugang zu einem Anwalt vom Beginn der Anhaltung an Recht auf Beausichte eines Dolmetschers 	<ul style="list-style-type: none"> Recht auf Veränderung eines Dishes unverzüglich nach der Planung Recht auf Zugang zu einem Anwalt vom Beginn der Anhaltung an Recht auf Beausichte eines Dolmetschers

40.

Kurshinweis: Sachkundenachweis im Umgang mit Giften nach der Giftverordnung

Seit 1. Februar 2001 ist die Giftverordnung 2000 in Kraft, welche wesentliche Änderungen von Giftbezugs-scheinen und Giftbezugs-lizenzen mit sich bringt.

Ab 1. Jänner 2003 sind, abgesehen von Absolventen bestimmter Studienrichtungen und einschlagiger hoherer Ausbildungen, nur mehr jene Personen zum Giftbezug be-rechtigt, die eine in der Anlage 4 der Verordnung geregelte Ausbildung (Sachkundenachweis) mit einer erfolgreich abgeschlossen Prüfung gemacht haben. Zusätzlich ist der Nachweis eines entsprechenden Erste-Hilfe-Kurses nach den Lehrplänen des Roten Kreuzes erforderlich.

Der Sachkundenachweis ist einmalig (ohne weitere Auffrischungen) zu absolvieren.

Die Erste Hilfe Kenntnisse sind in mindestens fünfjährigen Abständen in Form von Übungen aufzufrischen.

Das WIFI Tirol bietet Ihnen mit der nachfolgenden Ver-anstaltung die Möglichkeit, diesen Sachkundenachweis zu erlangen. Die Veranstaltung schließt mit einer Prüfung ab.

Der Erste Hilfe Kurs ist separat (z. B. Rotes Kreuz) abzulegen.

Termine:

4. Oktober 2002 bis 12. Oktober 2002

Fr, Sa, 8.00–18.00 Uhr/2. Sa, 8.00–12.30 Uhr (100 % Anwesenheitspflicht!) VA-Nr. 57813.012

14. Februar 2003 bis 22. Februar 2003

Fr, Sa, 8.00–18.00 Uhr/2. Sa, 8.00–12.30 Uhr (100 % Anwesenheitspflicht!) VA-Nr. 57813.022

Kosten: € 540,- (Skripten beinhaltet)

Lehreinheiten: 25

Ort: WIFI Innsbruck

Weitere Informationen bzw. Anmeldung an das

WIFI-Tirol, z. H. Fr. Woboril, Egger-Lienz-Straße 116, 6020 Innsbruck, Tel. 0512/5350-7266, FAX 0512/5350-7448,

e-mail: romana.woboril@wktirol.at,

internet: www.tirol.wifi.at

41.

Kurs hinweis: Ausbildung zur Erlangung der Fachkunde als Leiter bzw. stellvertretender Leiter der Eingangskontrolle für Bodenaushub- und Baurestmassendeponie nach der Deponieverordnung

Voraussetzung:

Mindestens ein Jahr einschlägige Praxis. Ein Kursbesuch ist ab drei Monate Vorpraxis möglich.

Inhalt:

Rechtliche Grundlagen, Abfallwirtschaft, Abfalltechnik, Grundlagen Chemie und Analytik, Abfallarten, Deponieverordnung, Baustoffrecycling, Abfallbeurteilung, Fremdmaterialien, Übungen und Exkursion, Prüfung.

Termin: 21. November 2002 bis 30. November 2002

Do, Fr, Sa, 21. November 2002 bis 23. November 2002
8.00–18.00 Uhr

Fr, Sa, 29. November 2002 und 30. November 2002
8.00–18.00 Uhr

VA-Nr. 57630.012

Kursdauer: 48 Lehreinheiten

Kursbeitrag: € 580,00

Ort:

WIFI- Innsbruck
Egger-Lienz-Str. 116
6020 Innsbruck

Ihre Anmeldung

zu oben genannter Veranstaltung richten Sie bitte telefonisch an Frau Woboril unter der Tel.-Nr. 0512/5350-7266 oder per Fax 0512/5350-7448 an das WIFI Tirol, Egger-Lienz-Straße 116, 6020 Innsbruck.

e-mail: romana.woboril@wktiroel.at

internet: www.tirol.wifi.at

Verkauf einer Registrierkasse

Die Gemeinde Navis verkauft eine neuwertige Registrierkasse der Marke Hugin Sweda/Superboard HS-47s, gesamte Belegung frei programierbar.

Anfragen bitte an die

Gemeinde Navis

unter der Tel.-Nr. 05278/621112

e-mail:buchhaltung@navis.tirol.gv.at

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR JULI 2002**
(vorläufiges Ergebnis)

	Juni 2002 (endgültig)	Juli 2002 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	104,7	104,6
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	110,1	110,0
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	144,1	143,9
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	224,0	223,7
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	393,0	392,7
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	500,8	500,3
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	502,4	501,9

Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat Juli 2002 beträgt 104,6 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber Juni 2002 (104,7 endgültige Zahl) um 0,1% gesunken (Juni 2002 gegenüber Mai 2002: +0,4%). Gegenüber Juli 2001 ergibt sich eine Steigerung um 1,6% (Juni 2002/2001: +1,7%).

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck